



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

BSI BEGRÜSST EINIGUNG ZUR WOHNGELDERHÖHUNG

08.02.2008 Fachinformation

"Die angekündigte deutliche Erhöhung von mindestens zehn Prozent trägt den gestiegenen Wohnkosten der letzten sieben Jahre Rechnung", sagte Lutz Freitag, Vorsitzender der BSI und Präsident des GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Bereits vor drei Wochen hatte Bundesminister Tiefensee eine Initiative zur Erhöhung des Wohngeldes gestartet. Die nun erfolgte Einigung mit Finanzminister Peer Steinbrück und Arbeitsminister Olaf Scholz wurde von den Verbänden ausdrücklich begrüßt und unterstützt. Eine Anhebung des Wohngeldes entspreche der Realität zunehmend steigender Wohnkosten gerade in wirtschaftlich prosperierenden Regionen. Ziel müsse es jetzt sein, durch eine strukturelle Neuordnung des Wohngeldes vor allem den Druck zu verringern, der durch die stetig steigenden Energiekosten auf den Wohngeldbezieher lastet. Denn insbesondere die exorbitant steigenden Energiepreise seien Kostentreiber bei den Aufwendungen für das Wohnen. Allein die Preise für Strom seien im Jahr 2007 um durchschnittlich 6,8 Prozent gestiegen. Die BSI bewertete die Einigung der Minister auf eine deutliche Anhebung als sehr sachgerecht und dringend notwendig. Im Gegensatz zu den Regelungen nach SGB II (Hartz IV) stelle das Wohngeld nur einen Zuschuss dar, der sich an der Kaltmiete orientiert und durchschnittlich bei 90 Euro im Monat liege. Seit nunmehr sieben Jahren sei dieser nicht mehr erhöht worden. Eine deutliche Anhebung sei daher zwingend erforderlich. Der Gesetzgeber sei nun aufgefordert, die geplanten Änderungen zu verabschieden und zügig umzusetzen.

<https://bbu.de/beitraege/bsi-begruesst-einigung-zur-wohngelderhoehung>